



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR SOZIALES, GESUNDHEIT UND INTEGRATION

Az.: 11-0305.3-900

Stuttgart, 23.09.2024

Dauerausschreibung Referentinnen / Referenten (intern & extern)

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg sucht für seine vielfältigen und verantwortungsvollen Aufgaben regelmäßig

Referentinnen / Referenten (w/m/d)

zur befristeten Einstellung im (vergleichbaren) höheren Verwaltungsdienst. Auch Bewerbungen von Beamtinnen und Beamten zur vorübergehenden Tätigkeit im Wege der Abordnung sind willkommen.

Das Sozialministerium gilt mit seinem breiten Zuständigkeitsbereich als das zentrale Gesellschaftsministerium im Land. Bei uns arbeiten über 600 Menschen verschiedenster Professionen zusammen, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Gesundheitsversorgung der Zukunft zu gestalten.

Das Sozialministerium stellt laufend qualifizierte Referentinnen / Referenten für den höheren Verwaltungsdienst in unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen ein. Sie übernehmen interessante, abwechslungsreiche und verantwortungsvolle Aufgaben mit den Schwerpunkten:

- Mitwirkung an Konzepten für politische Programme des Ministeriums,
- Erstellung von (rechtlichen) Stellungnahmen und Vermerken für die Amtsspitze z.B. im Rahmen von Landtagsanfragen und -anträgen,
- Begleitung von Projekten und Veranstaltungen sowie Kommunikation mit externen Akteuren und Akteurinnen.

Die genauen Aufgaben hängen von dem konkreten Einsatzbereich ab.

Für eine befristete Einstellung im höheren Verwaltungsdienst können Sie sich jederzeit bei uns bewerben. Gegenwärtig sind in den Referaten 24 (Bürgerschaftliches Engagement), 31 (Grundsatz und Recht der Gesundheitsberufe), 32 (Menschen mit Behinderungen), 34 (Pflegeberufe, Privatschulförderung, Stabsstelle Pflegekammer) und 43 (Interkulturelle Angelegenheiten, Antidiskriminierung) Stellen zu besetzen. Weitergehende Aufgabenbeschreibungen können Sie nachfolgenden Text im Anhang entnehmen.

Sie bringen mit:

- ein erfolgreich abgeschlossenes wissenschaftliches Hochschulstudium (Master-/Diplomabschluss/Staatsexamen) in
 - Verwaltungs-, Wirtschafts-, Sozial- oder Politikwissenschaften.
 - Rechtswissenschaften (Erste und Zweite Staatsprüfung mit grundsätzlich jeweils mindestens 6,5 Punkten) oder
 - einem vergleichbaren Studiengang,
- ein Verständnis für Verwaltungsorganisation und -abläufe,
- die Fähigkeit zu konzeptioneller, kooperativer und kommunikativer Zusammenarbeit,
- Teamfähigkeit,
- ein sicheres Auftreten sowie eine gute schriftliche und mündliche Ausdrucksfähigkeit.

Bildungsabschluss, Fähigkeiten, Kenntnisse und Erfahrungen sind in geeigneter Weise nachzuweisen (z.B. durch Kopien von dienstlichen Beurteilungen, Zeugnissen und Akkreditierungen). Der Masterabschluss an einer Fachhochschule muss für den Zugang zum höheren Dienst akkreditiert sein.

Wir bieten:

- Ein **befristetes Arbeitsverhältnis in Voll- oder Teilzeit**,
- Tarifgerechte Bezahlung nach TV-L in **Entgeltgruppe 13** (bei Vorliegen aller rechtlichen und persönlichen Voraussetzungen) für tariflich beschäftigte Personen,
- Vielfältige **Fortbildungsangebote** zum Ausbau Ihrer Kompetenzen,
- **Individuelle Arbeitszeitmodelle** für eine gute Vereinbarkeit von Privatleben und Beruf,
- Unterstützung Ihrer Mobilität durch einen **Zuschuss zum Job Ticket BW** oder Teilnahme am Radleasingmodell **JobBike BW**.



Bei bestehendem Beamtenverhältnis ist im Einvernehmen mit der gegenwärtigen Dienststelle eine Tätigkeit im Wege der Abordnung möglich.

Bewerbungen von Frauen sind besonders erwünscht. Schwerbehinderte Menschen werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Ihr zukünftiger Arbeitsplatz liegt im Zentrum von Stuttgart unweit der U-Bahnhaltestelle Charlottenplatz und ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar.

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Bewerben Sie sich unter Angabe der **Kennziffer SAM-2** über unser Online-Bewerbungsportal. Dieses finden Sie unter:

<https://bewerberportal.landbw.de/soz/index.html>

Bewerbungen per Post oder E-Mail können leider nicht berücksichtigt werden.

Es handelt sich um eine Dauerausschreibung. Die Bewerbungen werden alle 4 Wochen eingesehen und es werden in regelmäßigen Abständen Auswahlverfahren durchgeführt. Einen genaueren Zeitplan erhalten Sie zeitnah nach Eingang Ihrer Bewerbung.

Bei Fragen zum Besetzungsverfahren steht Ihnen Herr Wilczek (Tel.: 0711/ 123-3824) gerne zur Verfügung.

Mit Ihrer Bewerbung stimmen Sie der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nach den Vorgaben der Datenschutzgrundverordnung und des Landesdatenschutzgesetzes zu. Informationen des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration finden Sie auf der Homepage unter [Datenschutz bei Bewerbungen](#).



Aufgabenbeschreibungen:

Referat 24 (Bürgerschaftliches Engagement):

- die Begleitung und Nachbereitung der Modellphase der Ehrenamtskarte
- die Planung und Koordination mindestens zweier öffentlichkeitswirksamer großer Veranstaltungen, um das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement wieder sichtbar zu machen
- die Evaluation des bisherigen Erfolgs und des aktuellen Bedarfs von Qualifizierungsmaßnahmen für hauptamtlich tätige BE-Fachberaterinnen und Fachberater in den Kommunen; die Entwicklung eines Konzepts und Koordination der Maßnahmen (Seminare)

Referat 31 (Grundsatz und Recht der Gesundheitsberufe):

- das gesamte Spektrum der Fragen zur (Teil-)Akademisierung der Gesundheitsfachberufe
- die berufsrechtliche Begleitung des Ausbaus von Studiengängen in den Therapiewissenschaften (Physiotherapie, Ergotherapie und Logopädie) in enger Abstimmung mit dem Wissenschaftsministerium und dem Finanzministerium
- die schulrechtliche Prüfung von Kooperationsmodellen zwischen Hochschulen und Gesundheitsfachberufeschulen
- die Mitwirkung bei der Umsetzung von bundesrechtlichen Regelungen zu primärqualifizierenden akademischen Strukturen in der Physiotherapie, Ergotherapie und Logopädie im Land
- die berufsrechtliche Prüfung von Studienordnungen in Abstimmung mit dem Wissenschaftsministerium und den Regierungspräsidien

Referat 32 (Menschen mit Behinderungen):

- Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Leben in der Gemeinschaft durch die Schaffung von Barrierefreiheit, insbesondere durch mediale Barrierefreiheit
- Wahrnehmung von Aufsichtsaufgaben über das Landeszentrum Barrierefreiheit (LZ BARR) einschließlich Teilnahme an Sitzungen
- Wahrnehmung von Aufsichtsaufgaben auf dem Gebiet des Überwachungsverfahrens mediale Barrierefreiheit

- Begleitung auf Landesebene der Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung (EuTB)
- Vorbereitung und Teilnahme an Bund-Länder-Sitzungen und -Austauschen zu den vorstehenden Themengebieten

Das Land als Träger der Sozialen Entschädigung nach dem Sozialgesetzbuch XIV (SGB XIV) ist als Fachaufsicht zusammen mit den Versorgungsämtern in den Landkreisen und dem Landesversorgungsamt im RP Stuttgart verantwortlich für die Umsetzung der gesetzlichen Aufgaben bzw. Leistungserbringung. Zu den Aufgaben der Fachaufsicht zählen im Wesentlichen:

- Vorbereitung und Umsetzung etwaiger Rechtsänderungen im Landesrecht
- Fachaufsicht auf dem Gebiet der Versorgung, Leistungsgewährung nach dem SGB XIV unter Berücksichtigung der weiteren Leistungen der Reha-Träger wie Kranken-, Unfall-, Rentenversicherung, usw.
- Fachaufsichtliche Begleitung der Erbringung von Teilhabe-Leistungen, insb. unter Berücksichtigung der Leistungen nach SGB IX; Entwicklung von Instrumenten der Bedarfsermittlung nach dem SGB IX/XIV
- Fachaufsichtliche Begleitung des Auf- und Ausbaus der Versorgung mit traumaambulanten Behandlungsleistungen (Traumaambulanzen)
- Bearbeitung von Einzel- und Rechtsauslegungsfragen des Landesversorgungsamts und der Versorgungsämter mit grundsätzlichem Charakter